

allem den Hungerstaaten der Dritten Welt, zementiert;

- ▷ die Billig-Importe von Soja und Maniok haben in der Bundesrepublik dazu geführt, daß heimische Futterpflanzen, etwa Hülsenfrüchte, nicht mehr wettbewerbsfähig sind;
- ▷ der Verzicht auf den Anbau dieser stickstoffbildenden „Zwischenfrüchte“ macht ökologisch orientierten Landbau unmöglich und erzwingt kostspielige künstliche Stickstoffdüngung, die wiederum vielerorts das Grund- und Trinkwasser schädigt;
- ▷ die Lagerung oder Vernichtung der durch Futterimporte noch gesteigerten Überproduktion und andere „Interventionsmaßnahmen“ kosten die EG schon jetzt jährlich rund 33 Milliarden Mark, zwei Drittel ihres Gesamtetats.

Der Kiechle-Plan könnte mithin nicht nur, wie der Minister hofft, zur „Kostensenkung“ beitragen, sondern auch „im Sinne einer möglichst umweltschonenden Landwirtschaft“ wirken – und das auf mehrfache Weise.

Während Drittweltländer ihre Anbauflächen verstärkt zur Ernährung der eigenen Bevölkerung nutzen könnten, würden in Westdeutschland statt chemisch aufgepöppelter Monokulturen wieder die bewährten Fruchtfolgen rentabel, die dazu beitragen, daß der Boden sich gleichsam von selber regeneriert.

Wichtiger noch: Ackerbau und Viehzucht, die sich im Zeitalter durchrationalisierter Großbetriebe längst zu eigenständigen Sparten entwickelt haben, würden nicht noch weiter auseinandergerissen, könnten womöglich wieder zur betrieblichen Einheit zusammenwachsen.

Auf diese Weise ließen sich agrarische Kreisläufe wiederherstellen, deren Zerschlagung zu gigantischen Umweltproblemen geführt hat: Während Mischbetriebe nur Abfälle erzeugen, die über Jauchetank, Mist- oder Komposthaufen dem Produktionskreislauf zugeführt werden können, wird etwa Stroh aus Monokulturen heute häufig umweltbelastend verbrannt, und Gülle, Tierharn und -kot aus Massentierhaltungen, verseucht vielerorts Grund- und Fließgewässer.

Überdies könnten Steaks und Schinken, wenn Kiechle sich durchsetzt, an Viechern mit verminderter Giftbelastung heranwachsen: Import-Futter ist häufig mit Giftstoffen versetzt, weil Bauern in Entwicklungsländern noch immer beispielsweise das Pestizid DDT versprühen, dessen Anwendung in der Bundesrepublik längst verboten ist.

Protesten der Futtermittelindustrie (Vollmer: „Mit denen wird es Ärger geben“) und der USA, eines der Hauptexporteure von Soja, beugt der neue Landwirtschaftsminister mit europäischem Selbstbewußtsein vor: Die Agrarpolitik, wappnet sich der Bayer für einen Soja-Krieg mit den USA, dürfe „nicht weiter nach Rezepten verfahren, die noch vor 25 Jahren ihre Berechtigung hatten“.

BAYERN

Macht den Räten

Bayrische Fernsehzuschauer sollen künftig auf dem Bildschirm sehen, wie der Rundfunkrat am Programm herumrörgelt – und das womöglich auf fünfzig Kanälen.

Gerold Tandler, der frühere bayrische Innenminister und jetzige CSU-Fraktionsvorsitzende im Landtag, ist ein einflußreicher Mann – in Bayern.

Wenn ihm zum Beispiel eine Fernsehsendung der ARD mißfällt, braucht er dies nur im Münchner Rundfunkrat, dem er angehört, zu erwähnen. Schon schaut sich der Fernsehausschuß das gerügte Werk noch einmal an. Der Richtlinienausschuß, dem Tandler selber vorsitzt, konstatiert danach eine Verletzung des Rundfunkgesetzes. Und kein einziges Mal ist das Rundfunkratsplenum bislang von diesem Votum abgewichen.

Außerhalb Bayerns freilich reicht die TV-Macht Tandlers nicht einmal bis ins benachbarte und ebenfalls unionsregierte Baden-Württemberg. Das konnte der CSU-Gewaltige gleich dreimal hintereinander in aller Eindringlichkeit erleben.

Erst störten ihn „Verunglimpfungen“ in dem Film „Servus Bayern“ von Herbert Achternbusch. Der Fernsehausschuß nahm sich das Opus vor, der Richtlinienausschuß und, wie üblich, auch das Plenum sahen das Rundfunkgesetz verletzt.

Dann entdeckte Tandler „historische Fehlschlüsse“ in dem TV-Serienteil „Europa unterm Hakenkreuz – Nürnberg, Stadt der Reichsparteitage“, wo in kühnen Schnitten die Nürnberger Gesetze und die „Komm“-Affäre von 1981 sowie marschierende SA und Anhänger des 1. FC Nürnberg nebeneinandergesetzt worden waren. Fernsehausschuß, Richtlinienausschuß, Rundfunkrat – sie alle befanden: Gesetzesverletzung.



Fernseh-Kritiker Tandler
Vorstoß gegen Fäkalsprache

Schließlich widerte Tandler die „Fäkalsprache“ in der Jugendsendung „Zeltlager“ an, wo beschwipste Jugendliche Ausdrücke wie „Scheiße“ gebraucht hatten, und das auch noch am Sonntagvormittag. Ausschüsse und Rat sahen, ganz klar, wieder das Gesetz verletzt.

Doch von da an mußte Tandler frustriert erkennen, daß in der „Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland“ (ARD) etwas andere Regeln gelten als in seinem Gasthof „Zur Post“ in Altötting, wo der Chef mit leicht erhobener Stimme ohne weiteres gleich bis zur Küche durchdringt.

Die Negativ-Voten aus Bayern wurden zwar an die Verursacher der beanstandeten Filme weitergereicht; zufällig waren alle drei Streifen vom Süddeutschen Rundfunk in Stuttgart mitfinanziert oder produziert worden. Der Stuttgarter Rundfunkrat aber vermochte in den inkriminierten Sendungen, von Ach-



Fernseh-Intendant Vöth
Sendefenster für Sittenwächter

ternbusch bis zum „Zeltlager“, keinerlei Anzeichen für eine Gesetzesverletzung zu erkennen.

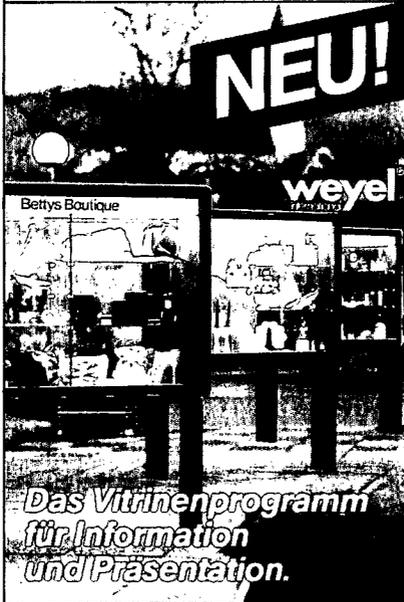
Kaum hatte sich Tandlers Zorn etwas gelegt, daß nicht einmal unionstreue Südstaaten gleichziehen und es deshalb bei den hausinternen Protesten sein Bewenden haben mußte, da erschreckte ihn letzten September das Berliner ARD-Magazin „Arena“.

Unter dem Titel „Die neuen Nackten“ sah man da eine 60jährige Exhibitionistin, die sich mit dem Ruf „Es handelt sich sowieso nur ums Ficken“ spontan entkleidete. Eine dagegen protestierende Pfarrersfrau wurde in der Live-Sendung von dem schwulen Filmemacher

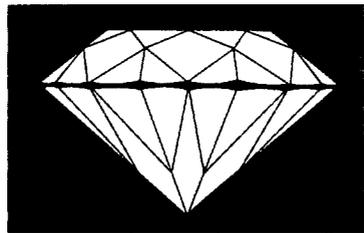
Im Blickfang: Ihr Angebot.

16-seitiger Farbprospekt.
Kostenlos. Rufen Sie uns an
oder schreiben Sie uns.

Weyel international
Postfach 68518, 6342 Haiger
Telefon 02773/84-0



**JETZT
DIE ZUKUNFT MIT EINER
KAPITALANLAGE
IN DIAMANTEN SICHERN**



- ◆ Derzeit noch günstiges Preisniveau.
- ◆ Anonyme Kapitalanlage.
- ◆ Hohe Mobilität, daher guter Schutz in Krisenzeiten.

PALA DIAMOND CORPORATION

Pradafant 21, FL-9490 Vaduz

Bitte verlangen Sie unser Informationsmaterial

Name _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

383

Repräsentanz BRD, IKG Wirtschaftsberatungs- und Vertriebs-GmbH
Rotbuchenstraße 1, D-8000 München 90,
Telefon 089/6900675, Telex 05 213480 ikg

Rosa von Praunheim gefragt, „wie oft sie in der Woche gebumst“ werde (SPIEGEL 37/1982).

Dies ging dem Mann aus Altötting, Vater von vier Töchtern, wirklich zu weit. Tandler setzte gegen „Arena“ nicht nur das übliche Gremien-Ritual in Gang – das bestellte und wohl wenig überraschende Ergebnis steht noch aus –, er will jetzt auch dafür sorgen, daß die Fernsehmacher ein für allemal vor „eklatanten Fehlleistungen gefeit“ sind und diese „Verwilderung des Programms“ in „geordnete Bahnen“ lenken können.

Abhilfe verspricht sich das Rundfunkratsmitglied Tandler vor allem von mächtigeren Rundfunkräten. Deren Kritik am Programm soll nämlich künftig nicht mehr nur hinter verschlossenen Türen formuliert, sondern ganz öffentlich auf dem Bildschirm verkündet werden, und zwar mindestens „in einer der beanstandeten Sendung entsprechenden Form“. Tandler: „Das Rundfunkgesetz muß in dieser Hinsicht ergänzt werden.“

Die Gegendarstellungssendung wird sich außerhalb Bayerns nicht durchsetzen lassen, im Freistaat selbst aber ganz leicht. Laut Tandler hat der Münchner Rundfunk- und Fernsehintendant Reinhold Vöth (CSU) ein „neues Sendefenster“ für die Räte-Sendung bereitgestellt. „Die Diktatur der Programmierer geht unwiderruflich zu Ende“, jubilierte Tandler schon im Parteiorgan „Bayernkurier“, ihr brauche auch „keine Träne nachgeweint zu werden“.

Das nach einer Intendantenvereinbarung dem „Gebot der Vielfalt“ verpflichtete ARD-Programm glaubt Tandler noch mit dem alten Rundfunkrat in den Griff zu kriegen. Die fünfzig Kanäle jedoch, die ihm mit dem Kabelfernsehen ins Haus stehen, will er von vornherein ganz anders lenken: mit einer neuzugründenden Landesrundfunkanstalt

nämlich, der ein noch strengeres, noch staatsnäheres Aufsichtsgremium vorstehen soll.

Der CSU-Medienmann reagiert damit auf den Artikel 111a der Bayerischen Verfassung, mit dem vor zehn Jahren ein Volksentscheid der mehr dem Privatfunk zugeneigten Regierungspartei Grenzen setzte. Danach darf es in Bayern nur öffentlich-rechtlichen Rundfunk geben – über die funktinternen Machtverhältnisse aber steht nichts im Gesetz.

Tandler, der Staats- und Parteimacht im Fernsehen etablieren und stabilisieren möchte, sieht nun diese Verfassungsbestimmung „in einem neuen Licht“.

FRIEDENSBEWEGUNG

Eins, zwei, drei

Auftrieb für Nachrüstungsgegner: Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hat zum erstenmal Bestrebungen von Gemeindeparlamenten erlaubt, ihre Ortsgebiete zu „atomwaffenfreien Zonen“ zu erklären.

Maria Heitmann, CDU-Bürgermeisterin im schleswig-holsteinischen Ahrensburg, war sich ihrer Sache sicher: Die Angelegenheit falle „eindeutig nicht in die Beschlusszuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung“, beschied die resolute Vorsitzende des Stadtparlaments die Antragsteller von der SPD-Opposition, die Behandlung „verbietet“ sich geradezu.

Auf der nächsten Ratssitzung, nach der Sommerpause, werden Ahrensburgs Kommunalpolitiker nun doch das sozialdemokratische Ansinnen debattieren, das Stadtparlament möge „im Rahmen

* Auf dem evangelischen Kirchentag Mitte Juni in Hannover.



Pazifisten-Werbung für atomwaffenfreie Zonen*: Grundrecht für jedermann